

Auer Tageblatt

Губернатор назначил для изучения
и для вынесения соответствующего
решения. — Губернатор извещает
губернатора о решении Ее...»

Gegenwart: Kapitell: Ausvergängt. Entbehrlich die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt nach dem Amtsgerichts Amt. Zeitungsblatt: Zeitung Nr. 1000

Fig. 156

Montag, den 7. Juli 1924

19. Телефон

Der neue Staat und die höhere BeamtenSchaft.

卷之三

Ein deutscher Reichsfliegler der Kriegszeit hat einst den schönen Satz gesprochen: „In dem Streben der unteren Schichten emporzukommen, erkenne ich das höchste ethische Gesetz der Menschheit.“ Tatsächlich sind auch alle großen Fortschritte der Kultur und Wirtschaft von diesem Bestreben getragen gewesen, und selbst dann, wenn dieser Drang nach oben in äußerlich unschönen Formen, selbst wenn er unter revolutionären Begleiterscheinungen sich geltend mache, verlor er nicht deswegen seine sittliche Berechtigung. In der Revolution des Jahres 1918 verfärbt sich dieser Drang zunächst nicht. Die Vorgänge des Jahres 1918 waren überhaupt nicht derart, daß man die Bezeichnung Revolution in geschichtlichem Sinne auf sie anwenden könnte, sondern sie waren die äußeren Begleiterscheinungen des willigen Zusammenbruches eines durch unerhörte Opfer und Entbehrungen zermürbten Volkes und eines Regierungssystems, das nicht mehr vom Glauben des Volkes und vom Glauben an sich selbst getragen war, das die stärkste Feuerprobe der Geschichte, die ein verlorener Krieg bedeutet, nicht bestand. Über doch stellte sich unmittelbar nach der Revolution in den unteren sozialen Schichten der Drang nach oben sehr bald und sehr nachhaltig ein. Auch in der deutschen Beamenschaft vollzog sich eine solche Entwicklung. Die mangelhafte Besoldung der Beamten in der Kriegszeit machte es verständlich, daß die Bewegung zunächst einen stark materiellen Einschlag hatte. Hand in Hand damit ging leider auch eine so starke Betonung von Neuerlichkeiten wie sie in der Tatze zu erkennen ist, daß im gleichen Augenblick, in dem die Reichsverfassung alle Titel abschaffte, auf dem Umweg der Unten- und Dienststellenbezeichnung sich eine wahre Sturmwelle neuer Titel über die deutsche Beamenschaft ergoss. Diese ungemeinen Neubereicheinungen dürfen jedoch den Blick darüber nicht trüben, daß dieses Aufmordts- und Vorwärtsstreben der unteren Beamenschichten eine sittlich berechtigte und im Interesse der Allgemeinheit erfreuliche Erscheinung war und ist. Die ganze Bewegung ist ja noch keineswegs abgeschlossen, und es ist zu hoffen, daß sie sich in ihrem weiteren Verlauf von den Schläden befreien wird, die ihr zum Teil noch anhaften. Das wird um so eher geschehen, je rückhaltloser von den zuständigen Stellen die materiellen und ideellen Belange der Beteiligten gefördert werden.

Bei dem berechtigten Bestreben auf Förderung der unteren Beamtenstufen ist leider in den letzten Jahren die Bedeutung der höheren Beamtenchaft für das Staatswesen nicht immer richtig eingeschätzt worden. Vielleicht hängt das mit dem Zug der Zeit zusammen, der Katalysatorkraft im allgemeinen noch nicht wieder die übertragende Wirkung zu entfalten weiß. Sicherlich aber auch mit der anderen Erscheinung, daß jede Massenbewegung die Einzelversöhnlichkeit zunächst einmal in den Hintergrund drängt. Gedenkt man aber auch die höhere Beamtenchaft diejenige Beachtung und Wertschätzung verlangen, die ihr um ihrer selbst und um des Staates willen kommt. Das höhere Beamtenamt in Deutschland ist in der Zeit von 1918 bis heute mancher harten Probe ausgefossen. Mit dem Zusammenbruch der Monarchie sah es sich der Stotternakel einer völlig neuen Einstellung ausgesetzt. Daß eine solche Umstellung gerade bei charakterstarren Persönlichkeiten keine einfache Sache ist, sollte man nicht übersehen, wenn sie in einzelnen Fällen nicht voll oder nicht von heute zu morgen gelang. Man darf dabei auch nicht, wie das häufig geschieht, Einstellung zum Staat mit Einstellung zur Parteipolitik verwechseln. Derjenige der nur aus Gründen persönlicher Opportunität seine politische Farbe — Gelinnung kann man in diesem Falle nicht sagen — wechselt, bleibt immer eine erbärmliche Erscheinung im Gegensatz zu dem, der aus innerer Überzeugung einen solchen Wandel vollzieht. Was von der höheren Beamtenchaft verlangt werden muß, ist Staatsfleinnung und nicht Parteigelinnung. Beim Großteil der höheren Beamtenchaft war diese Gelinnung in den schwersten Zeiten, die der Staat durchzumachen hatte, vorhanden. Wäre sie nicht vorhanden gewesen, so würden der staatliche Mechanismus und Organismus die ungewöhnlichen Schüttungen, denen sie ausgesetzt waren, nicht überstanden haben. Der neue Staat muß den höheren Beamten, soweit sie Funktionäre seines Willens sind, überzeugen, daß sie sich in den Dienst dieses Staatswillens stellen. Der Staat kann an verantwortlicher Stelle niemand beschaffen, der ihn bei Ausübung seiner Amtstätigkeiten bernahm oder sabotiert. Dieses selbstverständliche Geforderte des staatlichen Selbstverhältnisstreites bedingt nicht die Bugehörigkeit zu einer Partei, sondern die Tatsache, daß ein Beamter

Staatsgewalt ist. Staatsville und Parteiwille sind durchaus nicht immer identisch. Die Minister im parlamentarisch regierten Staat stellen nicht die Verkörperung eines reinen Beamtenumstoss dar, sie sind gewollt abhängig vom politischen Vertrauen des Parlaments und sollen auf Grund dieses Vertrauens regieren, denn Beamte dagegen soll nicht regieren, sondern verwirken. Beides sind an sich ganz verschiedene Funktionen, die in der Praxis des Staatslebens leider noch oft durcheinander geworfen werden, und es kann nicht gelehrt werden, daß im neuen Staat eine Politisierung der höheren Beamtenchaft hier und da mindestens in das Stadium des Versuchs eingetreten ist. Wohin sollten wir aber bei unserer starken Parteidifferenzierung und bei unseren nicht konsolidierten politischen Wehrheitsverhältnissen in der Praxis kommen, wenn wir derartigen Versuchen und Versuchungen nicht widerstehen könnten! Gewiß soll über der Eingangspforte zum höheren Beamtenumstoss nicht, wie vielfach im alten System, der Satz stehen: hier wird nur eingelassen, wer von Vorschriftsmäßiger Geburt ist und wer vorschriftsmäßige Beziehungen besitzt, aber wehe dem neuen Staat, wenn er die Inschrift durch die andere ersetzen wollte: hier wird nur eingelassen, wer ein vorschriftsmäßiges Parteimitgliedsbuch vorzeigt! Die ausschlaggebende Legitimation für den höheren Beamten muß seine berufliche Tüchtigkeit bleiben. Seda anderes Methode würde ein politisches Streberium widerlichster Art züchten und die Leistungsfähigkeit des höheren Beamtenumstoss vernichten. Mit dem Erfordernis der beruflichen Tüchtigkeit steht es nicht im Widerspruch, daß in den Kreis der höheren Beamtenchaft auch Straße eintreten, die ihre Qualifikation außerhalb des Rahmens der staatlichen Beamtenlaufbahn erworben haben oder aus der Schicht der unteren Beamten aufsteigen; im Gegenteil: eine solche Blutaufrischung wird den Stand der höheren Beamten und dem Staatswohl nur förderlich sein; aber daß schöne Worte: freie Bahn dem Tüchtigen darf in der Praxis nicht umgedreht werden in eine Verspottung des Willens der Tüchtigen durch die Mittelmäßigkeit.

Der bösartige Feldzug gegen Herriot.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald“ äußert sich sehr scharf über das Gebell, welches ein Teil der Pariser Presse, angefeindet von gewissen hohen Beamten des Quai d’Orsay gegen Macdonald angestiftet hat, weil er sich erlaubt habe, ganz unabhängig von der Einladung, den alliierten Regierungen ein Stilmuseum seiner Politik zu senden. Das ganze Geschrei sei ein Teil des übärtigen Gesangs gegen Herriot und verfälsche den Tatbestand größtenteils.

Wahr ist allerding, daß die britische Regierung

Wahrscheintlich ist allerorten so, daß die britische Regierung sehr dafür ist, daß die Kontrolle über die Ausführungen des Dawesplanes nicht der Reparationskommission übertragen werden könne und daß das französische Versehen darauf das Vertrauen der englischen und amerikanischen Kapitalisten sofort zerstören würde.

Der Mitarbeiter schließt mit der Warnung, wenn Frankreich auf einer Fortsetzung der Boincartschen Politik besteht, hat es weder von Amerika noch von England irgendwelche weitere Hilfe zu erwarten. Es müsse dann die Reparationen selbst einzutreiben, wenn es das könne und zugleich seine Schulden voll bezahlen, aber sich als bankrott erkläre.

Bonjonsby, der den französischen Botschafter an Stelle des abwesenden Macdonald empfing, drückte ihm sein lebhaftes Erstaunen über die Pariser Kürzung aus. Die "Times" können versichern, die Kürzung habe sich schon etwas gelegt und es herrsche eine bessere Atmosphäre. Das Memorandum über die britische Auffassung, dessen Inhalt die Franzosen so erregte, sei auch dem Berliner Botschafter gesandt, aber der Berliner Regierung nicht mitgeteilt worden, da sie noch keine Einladung erhalten habe. Der Zwischenfall verstärkt die heisige Rivalität an Macdonalds diplomatischen Methoden und seiner Verschlossenheit gegenüber der Nation. Ein halbamtlicher Verlust, ihn als einen Starren im Wasserglas hinzustellen, kann die Katastrophe nicht beseitigen, daß sich noch vor der Konferenz eine scharfe englisch-französische Differenz in einem kleinen Punkte gebildet hat.

Die französisch-englische Spannung wird in Stom lebhaft bestolzt. Was sollte am Freitag eine Pan-
as Besprechung mit dem für London bestimmten Vertre-
ter. Obwohl der Inhalt der Besprechungen unbekannt
ist, dürfte er kaum seinen 1928 in London präzisierten
Standpunkt geändert haben, wonach die Reparationen
nicht von den alliierten Schulden trennbar seien. Gleich-
zeitig spricht nichts dagegen, daß Staaten die in der eng-

züglich des Wallerbomben und bei Gozen-Gefechtsgerichtes untersucht. Innerhalb muß beachtet werden, daß Macdonalds Haltung im Falle Matteotti die Wahl der italienischen Regierung kurz verlebt hat.

London ist verstimmt.

Die Erhängungsagentur erfuhr folgendes: Die Haltung der französischen Presse hinsichtlich der Londoner Konferenz habe in amtlichen Londoner Kreisen erhebliche Übertreibung hervorgerufen. Es wird darauf hingewiesen, daß die englische Regierung, soweit festgestellt werden kann, nichts getan habe, was mit irgend einer mit der französischen Regierung getroffenen Vereinbarung im Widerspruch stünde. Im Bezug auf die ergangenen Einladungen zu der Konferenz wird bemerkt, daß Frankreich ebenso als Gastgeber betrachtet werde wie England und daß die Einladungen im Namen beider Länder erfolgt sind, während es unrichtig ist, daß die englische Regierung den Wunsch habe, die Reparationskommission auszuschalten.

Die Aufregung, die in der französischen Öffentlichkeit wegen des englischen Vorschages entstanden ist, daß Urteil über die Durchführung des Finanzberichts nicht der Repto, sondern einer nicht neutralen Körperschaft zu überweisen, wird an verantwortlichen Londoner Stellen nur mit Anerkennung kommentiert. Aber es ist außer Zweifel, daß dadurch ernste Schwierigkeiten entstanden sind, die das Zustandekommen der Londoner Konferenz unter Umständen gefährden können. Die Ungelegenheit greift in der Tat an die Wurzel des ganzen Problems, das mit der Durchführung des Finanzberichts verbunden ist, und sie stellt die entscheidende Frage über das Verhältnis des Finanzberichts zum Versailler Vertrag auf, die bereits seit mehreren Tagen immer deutlicher im Vordergrund trat.

Neue französische Note an die Verbündeten.

Um französischen Wissürtigen stand am Sonnabend eine äußerst wichtige Versammlung statt, an der außer Ministerratspräsident Berriot die Minister für Acker- und Finanzen, weiter der französische Delegierte bei der Reparationskommission, das Mitglied des Gouvernementsausschusses Barlentier teilgenommen haben. Es wurde der Grundriss einer französischen Note an die Verbündeten festgelegt, in welcher die französische Regierung ihren Standpunkt auseinandersetzt. Diese Note soll noch vor der Londoner Konferenz an die verbündeten Regierungen übermittelt werden. Der genaue Wortlaut dieser Note ist folgendermaßen verfaßt:

Nota soll Montag fertiggestellt werden.
Über die Besprechung wurde folgendes Stellungnahme ausgegeben: „Die Teilnehmer an der Konferenz haben sich über die allgemeinen Grundsätze geeinigt, die in der Nota zum Ausdruck kommen sollen, bis den französischen Standpunkt zu der Frage der Londoner Konferenz aufeinanderseit. und die den alliierten Mächten vor der Londoner Konferenz mitgeteilt werden wird. Der Text dieser Mitteilung wird am kommenden Montag fertiggestellt werden.“

Über den Inhalt der Sitzung berichtet, daß folgende Punkte behandelt werden sollen:

Bestimmung der Maßnahmen, die Deutschland ergriffen haben muß, damit von der Durchführung des Dawesplanes gesprochen werden kann;

Aufforderung des **Datum**, an dem die wirtschaftliche Besetzung aufhören soll;

Nach der Bevredigung empfing Berriat die Vertreter der französischen Presse. Er erklärte ihnen, er habe außerordentlich die falsche Auslegung, die die Presse dem Memorandum der englischen Regierung neben habe, eine Auslegung, durch die die Uneinigkeit zwischen Paris und London nicht etwa beigelegt, sondern im Gegenteil verstärkt worden sei. Er schloß weiterhin, Frankreich halte am Verfaßten Vertrag fest.

an dem es nicht rütteln lasse.
Das Stuhrgebiet werde nicht geräumt werden, bevor die in dem Sachverständigen-Gutachten ausgeschriebenen Garantien erreicht seien.
Die französische Regierung werde weiterhin eine Wolltät der Entente mit Spanien verfolgen, zugleich jedoch ihre vollkommenen Handlungsfreiheit zu erhalten.
Der Kursempfehlung der Cypres-Stockschreiberin kann dieser Gründungsverein nach zuberlängigen Informationen noch hinzufügen, daß die französische Regierung nicht daran denkt, unter den augenblicklichen Verhältnissen den Plan der Bonner Konferenz fallen zu lassen.

Optimismus der französischen Handelskammer

In der Generalversammlung der französischen Handelskammer in Köln hat der Vorstande Vorsitz in einer Rede u. a. erklärt, er habe die wichtigen kleinen Kaufleute im Rheinland vom Betrieben eines

Wiederholte über die Bedeutung der Sicherstellung der französischen Ruhm und Frieden und die Sicherung der Reparationszahlungen und der Reparationszahlungen, daß die Reparationszahlungen nicht mehr durch die politischen Kontrollkommissionen geleistet werden, bis eine Sicherung bestimmt. Was habe, mit einem Wort gezeigt, an dem Preis zu prüfen ist, wie es vor dem Januar 1923 bestanden habe, unter dem die Reparationszahlungen noch gestellt und dass sie nicht wieder gestellt werden kann. Das waren Sicherungen sofern er in der Rücksicht auf den bestreitbaren Beleidigungsverhältnissen die Rücksicht hatte, dass gleichzeitig mit den französischen Staatsleuten und Industriellen auch die deutschen Reichstagsabgeordneten wieder aufzunehmen würden. Großen Wert legt er auf die Aussicht, daß die Mitglieder der französischen Handelskammer in ihren geschäftlichen Beziehungen endlich wieder die Voraussetzung des internationalen Rechts genießen würden. Das durch Maßnahmen bestimmt, welche die Reparationsregierung habe dem Antritt einer normalen Aussicht von Sicherheit nicht genügen können; der Gang des Geschäfts sei dadurch ernstlich durchkreuzt worden, denn man kann nicht gerade behaupten, daß der elementare Respekt vor dem internationalen Recht unter dem gegenwärtigen Regime im Rheinland und Ruhrgebiet gesichert gewesen sei. Der Redner gab zum Schluß seiner Freude darüber Ausdruck, daß man endlich die Richtigkeit der wirtschaftlichen Durchdringung und der Solidarität der Männer unterschreite.

Die Wirkung auf dem Reparationsregime, wie es vor dem Januar 1923 bestanden hat, würde einer Rücknahme des Ruhrgebietes gleich kommen, denn vor Januar 1923 war die Ruhr fast vom Krieg. Die vorliegenden wiederhergestellten Städte könnten also von großerer Bedeutung sein, wenn sie die bevorstehenden Ereignisse richtig wiedergäbe. Da der Redner festlagent, eine offizielle Persönlichkeit ist und die obige Aussicht des Inhalts der Städte außerhalb aus Paris kommt, so kann man ihr eine gewisse Bedeutung nicht absprechen.

Eine Rede Herrn.

Herrrot steht gestern in Trois et deux eine zweite Stunde, die zum Teil der Reparationsfrage gewidmet war. Er sagte, die erste Pflicht der Regierung sei, den Kredit Frankreichs sicherzustellen. Die zweite Pflicht sei, den Frieden zu organisieren, das heißt, das Reparationsproblem zu lösen. Das französische Volk will Realitäten. Die jetzige Regierung werde nicht gehandelt werden können, wenn es ihr nicht gelinge, nach so vielen Enttäuschungen in wenigen Wochen dientliche Lösung zu finden, die bis jetzt noch niemand gefunden hat. Sehen wir jetzt, so erklärt Herrrot, die Tatsachen aufeinander, so wie sie sich uns darstellen. Ein Bericht, denn man Sachverständigenbericht nennt, bringt uns für die Verpflichtungen Deutschlands ein Programm, das heute die beste Auslösungshance bietet. Dieser Plan bereitet gewisse Schwierigkeiten dadurch, daß er Kontrollorganismen vorsieht, die man jetzt zum Funktionieren bringen muß. Neben gewisse Fragen, die die Transfertierung und die Schärfestellungen betreffen, müssen unsere Rechte präzisiert werden. Über dieser Plan überlässt auch den alliierten Regierungen die Verpflichtung, gewisse Fragen zu regeln. Die Lösung ist dringlich wegen des direkten Charakters der Ruhrum-Verträge. Deshalb ist eine Konferenz unter den Alliierten erforderlich. Sie soll die Wiederherstellung des interallierten Einverständnisses und insbesondere ein enges Zusammenarbeiten von Frankreich und Großbritannien voraus. Wir haben in Chequers dieses Vorhaben zu erreichen ver sucht. Gibt es wirklich im Interesse unserer Länder, daß man nun den Charakter dieser Zusammenkunft entstellen oder ihre Tragweite abschwächen will? Hat es zweitens einen Ministerpräsidenten zu erkennen, der so wie wir, ein Demokrat ist und den guten Willen hat, durch ein Einverständnis zwischen Großbritannien und Frankreich in den wesentlichen Grundsätzen dem Frieden zu dienen? Unser Verstand noch so viel Enttäuschung ist, zuerst zu ver-

hindern, die Alliierten unterschriebes müssen zu bringen und nicht das Stimmabgeboten, was sie treuen. Von diesem Geschehen bestellt, werden wir jedoch keine Pflicht stellen.

Auf des Kriegsschuldige,

an der Sitzung von der einzigen Schul Deutschland am Weltkrieg beruft die "moralische" Rechtfertigung des Deutschen Reichsgerichts, die sich gegen Rechtes aufgestellt, um die harten Bedingungen des Vertrages vor Ihren eigenen Bürgern und vor den Neutralen entzündigen zu wollen. Es ist deshalb selbstverständlich, daß eine Revision des Vertrages bestehen, wie sie von Deutschland immer und wieder verlangt wird, sich nur dann durchsetzen wird, wenn die ehemaligen Verbündeten davon überzeugt werden, daß die Schulden ihrer Regierungen am Kriege mindestens ebenso groß ist, wie die der mitteldeutschen Räte. Man sollte dabei meinen, daß die wirkliche Ausstellung dieser Frage von allen deutschen Parteien in gemeinsamer Arbeit betrieben wird. Unsere Chauvinisten denken darüber aber anders; sie benutzen auch diese Gelegenheit, um statt an einer gemeinsamen Wiederholung noch anfangen mitzuwirken, die innerpolitische Souveränität zu schützen und die nationale Souveränität deutscher Soldaten anzugeben und deren Haltung zu beschimpfen. Was soll man dazu sagen, daß in den "Kampfbund-Nachrichten", den Mitteilungen des Deutschen Kampfbundes gegen die Kriegsschuldige, Prof. Dr. Richard Graf Du Moulin Edart in München fürgewen leugnet, daß die Reichsregierung und namhafte Parteien dem Ehrenstandpunkt des deutschen Nation Rechnung tragen? Er behauptet, daß dieses Gefühl der Unschuld gerade von den führenden Elementen in Staat und Politik vollkommen ignoriert wird — „daß alle ausländischen Staatsmänner mit Recht einen Streit empfinden, mit den Vertretern des deutschen Volkes zu verhandeln, welche an den Ehrenstandpunkt von Staat und Volk überhaupt nicht denken“ — „daß das Große demokratische Presse in Deutschland in diesem Punkte vollkommen verlegt“. Derartige höhere Verleumdungen die jeder Begründung entbehren, richten sich von selbst und es heißt eigentlich dem rottierten Professor zu viel Ehre antun, wenn man ihn darauf hinweist, daß gerade die Regierung Marx-Stresemann durch rücksichtlose Dehnung der Rechte die Kriegsschuldfrage erst in Fluss gebracht hat, und daß es die Demokratische Partei gewesen ist, die zuerst von allen Parteien durch ausgedehnte Propaganda der Unwahrheit über die Wiedergabe Deutschlands am Kriege entgegengetreten ist. Wenn die Deutschen das Problem der Kriegsschuld auf ein totes Eis schieben wollen, so kann sie es nicht geschafft anfangen, als es Herr Du Moulin Edart tut.

Utwinow bei Stresemann. Der Vertreter des russischen Außenministers, Utwinow, der sich mehrere Tage in Berlin aufhielt, hatte zwei längere Besprechungen mit Dr. Stresemann. Eine Einigung dürfte sich wohl auf der Linie vollziehen, daß zwischen der nichtterritorialen eigentlichen Handelsvereinigung, wie zwischen dem persönlichen Bureau der einzelnen egerritorialen Mitglieder dieses Instituts unterschieden wird.

Deutsche Befreiwerke in Paris. Es bestätigt sich, daß der deutsche Botschafter in Paris bei der französischen Regierung Vorstellungen wegen der Beleidigung des Düsseldorfer Regierungsgeschäfts erhoben hat. Diese Vorstellungen haben über keinem praktischen Ergebnis geführt. Es wurde dem deutschen Botschafter lediglich mitgeteilt, daß General De Gaulle aufgefordert worden sei, über die Angelegenheit Spricht zu erstaunen.

Düsseldorf verlangt gleichmäßige Behandlung des Sammelgebietes mit dem Ruhrgebiet. Die Stadtverwaltung, die Industrie- und Handelskammer, sowie die Wirtschaftsverbände Düsseldorf haben an den Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann folgende Kundgebung gerichtet: Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, sowie Wirtschaftsverbände unterstützen das Erreichen der Wiederauflösung der rheinischen Industrie- und Handelskammer, daß bei etwaigem Vertragsabschluß auf Grundlage des Sachverständigengutachtens die gleichmäßige Behandlung des sogenannten Sammelgebietes mit dem Ruhrgebiet unbedingt sichergestellt und damit die demokratische Befreiung von der Beleidigung gewährleistet wird.

Abkommen des Oberbürgermeisters Leinert in Hannover. Das Bürgerschaftskollegium hat einen Antrag angenommen,

entgegen dem Sozialer Borsig, den Oberbürgermeister Zeigt, derzeitigen Zustand bei preußischen Betrieben, wegen der Unzulänglichkeit seiner baulichen Anlagen abzubauen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Der Sozialer Oberbürgermeister soll statig vom Bürgermeister mit bestimmt werden. Weiter wurde beschlossen, den Stadtkonsistorialen Borsig abzubauen, der nach seiner Steuerangabe aus Gründen der religiösen Gemeinschaften die Compagnie des Bürgertums verloren hat.

Große Reichstagssitzung in Rom. Das Direktorium der Reichspartei beschloß, den Zusammentreffen des Nationalrats der Partei für den 20. oder 21. d. J. unter Leitung des Provinzialsekretärs und den politischen Kommissionärs lehnen ohne Stimmabgebot. Den Borsig übernimmt Ruffolini, der eine große Reise halten wird über die italienischen Maßnahmen der Regierung und über die Neuordnung der Partei. Ruffolini würdet eine Diskussion, dann eine geheime Abstimmung und die Wahl eines neuen Direktoriums von 15 oder 20 Mitgliedern. Dieser Zugang kommt entscheidende Bedeutung zu.

Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei in Frankfurt

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat am gestrigen Sonntag in Frankfurt zu einer von mehreren hundert Vertretern besuchten Tagung zusammen, die vom Reichsminister Dr. Stresemann in best mit den alten Reichsorden geschmückten Saale des Büffolischen Instituts eröffnet wurde. Zum Vorsitzenden des Zentralvorstandes wurde Dr. Stresemann durch Raum unter lebhaftem Beifall wieder gewählt. Dr. Stresemann eröffnete darauf einen eingehenden Bericht über die innere und äußere Politik, der mit stürmischen Beifall aufgenommen wurde. In der Aussprache ergab sich, daß die Partei und die beiden Fraktionen einmütig hinter der Politik des Parteiführers stehen. Es werden folgende Entschlüsse angenommen:

Der Zentralvorstand billigt die Qualität der Reichsregierung, insbesondere die des Herrn Außenministers in der Frage des Sachverständigengutachtens. Der Zentralvorstand ist sich darüber einig, daß das Sachverständigengutachten insbesondere nach der in den letzten Monaten eingetretenen Verschärfung aller wirtschaftlichen Verhältnisse nur angenommen werden kann, wenn mit Annahme des Gutachtens die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Güte und der Hoheitsrechte des Reiches, insbesondere der vertragsgemäßigen Zustand am Rhein gesichert ist. Dies erfordert vor allem die wirtschaftliche und militärische Rückführung aller über das Rheinland abkommlingen hinaus besetzten Gebiete, die Feststellung, daß Neubesetzungen als Sanktionen in Zukunft ausgeschlossen seien, die uneingeschränkte Rückgabe der von der Regierung verdeckten deutsches Bürgertums und die Wiederauflösung der alliierten Parteien und ihrer Wiedereinführung in ihre früheren Stellungen.

Der Zentralvorstand legt als leidenschaftlich vorwiegend, daß Versuche, die Annahme des alten Konservativen Gebietes hinauszögern, mit aller Entschiedenheit verhindert werden. Der Zentralvorstand ist sich darüber einig, daß die umgehenden Läden des Sachverständigengutachtens nur unter der Voraussetzung übernommen werden können, daß dadurch die deutsche Währung nicht erschüttert und die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung nicht unter die der anderen Nationen herabgezogen werden darf.

In einer zweiten Resolution heißt es: Der Zentralvorstand dankt der Reichstagssitzung dafür, daß sie sich

Das Chamäleon.

Bon Sven Gieseck.

Autorisierte Übersetzung von Gertrud Bauer.

(1. Fortsetzung.)

Sachverständiges Kapitel.

Der Verwalter.

Das Gerüsch des Kraggs wurde stärker; Krag horchte gespannt darauf und ließ doch die Bewegung in dem äußeren Kabinett nicht aus den Augen. Eine Tür wurde hastig geschlossen, das Licht flackerte zum lebhaften auf, dann war alles still und dunkel.

"Sie fürchten sich vor den Neukommenden," flüsterte Krag. "Sie haben Angst im Schimmer versteckt."

Gleich darauf hielt der Wagen, und sie konnten hören, daß Menschen den Gang betraten. Nur hörten sie auch Stimmen.

"Wer da kommt, fürchtet sich vor nichts und niemand," fuhr Krag fort. "Wahrscheinlich ist es der Ingenieur."

Draußen wurde die Tür des Aufzugs zugeschlagen, und gleich darauf rasselte er wieder in die Tiefe hinaunter.

Die Unterkommenden traten durch die Kabinettstür beim Aufzug ein und die Stimmen wurden deutlicher. Es war eine ferne und eine gräßliche Stimme.

Krag bemerkte die Gelegenheit, zu versuchen, ob die Glasscheibe abgeschlossen sei, sie war es, und er nickte befriedigt.

"Nun haben wir jedenfalls Zeit, uns aus dem Stade zu machen, denn die Tür zum Gang ist offen," sagte er.

Nicht wurde drinnen das elektrische Licht angeleuchtet, und Krag und Rosenthal rissen sich hastig von der Glasscheibe zurück, um nicht gesehen zu werden. Unter der Tür zwischen dem Kabinett und dem Vorzimmer wurde eine Gestalt schließen und dahinter eine zweite.

Kommandant Rosenthal war nahe daran, seine Unwissenheit zu verraten, so erregt war er, als er erkannte, wer es war.

Es war Fräulein Luise, in ihre grauen Kleider gehüllt und mit einem dichten schwarten Schleier über dem Hut und dem Gesicht.

Draußen im Vorzimmer bewegte sich noch eine Gestalt und sie hörten den Ingenieur rufen:

"Du kannst hierbleiben, Hans Christian. Vielleicht muß ich einen der Ingenieure holen lassen, und dann bist du so freundlich und läuft hinüber."

Krag konnte nicht entscheiden, welcher von den beiden Hans Christians es war, der ältere oder der jüngere. Es war alle Fälle aber war es jemand von Jernegard. Vermutlich war Fräulein Luise herübergefahren.

Es klopfte, als ob der Ingenieur und Fräulein Luise wichtige Geschäfte abzumachen hätten; Luise nahm in dem großen Saal am Schreibtisch Platz. Es war fast im Zimmer sie schauderte etwas zusammen und zog den Pelzkrag über die Ohren hinaus. Sie hatte Handtuch an.

Die beiden sprachen leise miteinander, wahrscheinlich damit Hans Christian nicht hörte, was sie verhandelten. Darauf konnte Krag auch nicht verstehen, was gesagt wurde, obgleich er direkt neben der Glasscheide stand. Lieutenant Rosenthal hatte sich etwas weiter zurückgezogen; stumm betrachtete er die junge Dame, die etwas blau und augenhochlich rosig wurde in ihrem Gesell saß.

Während der guten halben Stunde, die nun verging, da gab sich folgendes: Ingenieur Stener machte einen der Scheide auf, die Könige der Wand standen, und nahm ein Buch, ein Bündel Blätter und einige lose Papiere heraus. Dies alles breitete er auf dem Tisch vor Fräulein Luise aus und hörte ihr etwas zu erklären, was augenscheinlich ihr Aufmerksamkeit in hohem Grade fesselte.

Krag mochte die Beobachtung, daß der Ingenieur während dieser Unterredung stets sehr nahe zu ihr herantrat, und daß er, wenn er besonders einträchtig klang, die Hand auf ihren Arm legte. Einige Male schaute auch sie zu ihm auf und dann lag eine Wärme in ihrem Blick, die nicht misstrauisch zu verstehen war.

Was während dieses Auftrittes Krag innig freute, war das, daß die im dunklen Zimmer Verdeckten nichts davon sehen und hören konnten. Deneben aber konnte er das Weinschlauch der Sache nicht erkennen: Dies waren diese beiden Dienstleute ohne eine Ahnung, daß sie von zwei Seiten beobachtet wurden.

Endlich schlossen die Verhandlungen zu Ende gekommen zu sein und der Ingenieur und Fräulein Luise reichten einander die Hand, als ob sie eine Vereinbarung getroffen

hätteten. Darauf schloß der Ingenieur die Papiere wieder in den Schrank ein und stellte die Schlüssel zu. Dann hörte ihn Krag ins nächste Zimmer hinausdrücken:

"Danke, Hans Christian, wir sind jetzt fertig. Ich habe nun doch keinen der Ingenieure nötig gehabt. Ich bin allein fertig geworden. Nicht wahr, Luise, du hast mich verstanden?"

Luise nickte nur lächelnd.

Diese Sätze vernahmen Krag und Rosenthal ganz deutlich. Rosenthal fuhr etwas zusammen, verzerrte sich aber ganz gelassen.

Dann lächelte der Ingenieur die Zittern und verließ das Kabinett. Wim konnte seine Stimme brechen im Gang vernehmen, während er auf den Aufzug wartete; dieser rasselte wieder raus und hinunter und alles in dem großen Gebäude war wieder ruhig und still.

"Wollen wir gehen?" fragte Rosenthal mit merkwürdig belebter Stimme.

"Nein," erwiderte Krag. "Heute wird wahrscheinlich das geschehen, das zu beobachten wir hergekommen sind."

Einen Augenblick darauf läderte draußen wieder das Licht der Glühlampen. Es kam näher, aber es glitt über den Fußboden hin, damit kein Schein in die Fenster fallen könnte. Es waren nicht zwei, die da kamen, es war nur ein Mann — und als der Mann in das Hauptkabinett trat, erkannten ihn Krag und sein Freund. Krag hatte schon vorher gewußt, wer er vor sich hatte, aber nun erkannte auch Rosenthal, wer das Chamäleon war.

"Der Verwalter," lästerte er. "Der Verwalter, der brauchbare Mann, Bringe — wer hätte das gedacht!"

Schüchtern Krag ergriff ihn am Arm, um ihn zu warnen, nicht allzu laut zu reden, aber Lieutenant Rosenthal fand es schmeichelnd, sich zu beherrschen.

"Da sehen Sie, ich habe doch recht gehabt, es ist wahrscheinlich ein Einbrecher!" sagte er.

"Jawohl, aber seien Sie denn nicht, was er hören will?" erwiderte Krag. "Er geht am Geldkasten vorbei, in dem gewöhnlichen Regalen und geht an den Schreinmöbeln, wobei nur Bilder und Schriftstücke sind."

"Er will Fräulein Luises Papiere haben." (Fortsetzung folgt.)

in erreichbaren Wohlungen für die Bildung eines neuen Bürgerlichen Koalitionsregierung eingetragen hat. Bekanntungen, die bisher durch das Vertrags unterzeichneten Gesetzen erzielt werden sind. Es erscheint die Notwendigkeit an, daß die Reichstagsfraktion nach dem Abschließen dieser Bekanntungen sich erneut zu verantwortlicher Mitarbeit in der Reichsregierung zur Verhinderung befehlt. Bis die Dauer kann die bestehenden tunen, und außenpolitischen Schwerpunkten mit Rechnung werden, wenn als Basis für die nationale Wirtschaft eine gefundene nationale Wirtschaft. Finanz- und Sozialpolitik treiben und sich in der Ressortentwicklung der Entwicklung des Staates und seiner Autarkie in verantwortlicher Mitarbeit zusammenfinden.

Von Stadt und Land.

Kurz, 7. Juli

Kirchensteuer.

Am 8. Juli 1924 hat der für die evangelisch-lutherische Landeskirche gebildete Wirtschaftsrat die Frage der Kirchensteuer beraten. Es sind hierbei die großen und nicht vorausgesehenen Härten anerkannt worden, die für die Heranziehung der 1922er Reichsfinnmonsteuer als Grundlage für die Kirchensteuer für 1924 mit sich gebracht hat. Der Wirtschaftsrat hat weiterhin über Abhilfemaßnahmen beraten, durch die diese Härten entgegengesetzter werden könnte. Hierbei zeigte sich, daß die vielfach zum Ausbruch gebrachte Anregung die Kirchensteuer für 1924 als Aufschlag zur Reichseinkommensteuer für 1924 zu erheben, sich zur Zeit nicht durchführen läßt. Dagegen konnte dem vom Landeskonsistorium geplanten Wege, Abhilfe zu schaffen, durchaus zustimmen werden. Das Landeskonsistorium beschließt im Wege einer generellen Anordnung die jetzt fällige Landeskirchensteuer für alle Steuerzahler auf das Dreifache des Betrages zu ermächtigen, der als weitere Kirchensteuer für 1923 am 30. Januar 1924 zu zahlen war und der 80 Pf. Landeskirchensteuer für je 100 Papiermark Landes- und Gemeindeskirchensteuer für 1922 beitrug. Die Kirchengemeinden sollen aufgefordert werden, ihre Gemeindeskirchensteuer im gleichen Maße herabzusetzen. Damit hofft man, den weitens größten Teil der aufgetretenen Härten beseitigt zu haben. Insofern es noch nicht gelungen sein sollte, kann im Wege des Einzellasses Abhilfe geschaffen werden. Eine entsprechende Verordnung des Landeskonsistoriums soll sofort ergehen, sobald die in dieser Frage mit den Landesfinanzministern Dresden und Leipzig angeknüpften Verhandlungen zum Abschluß gelangt sind.

Trotz aller dieser Maßnahmen wird im allgemeinen der einzelne Steuerzahler verhältnismäßig immer noch mehr Kirchensteuer zu zahlen haben, wie in der Vorkriegszeit.

Dies erklärt sich daraus, daß das früher vorhandene gewisse bewegliche Vermögen der Kirchengemeinden und kirchlichen Lehen (Hypotheken, Wertpapiere) ein Opfer der Inflation geworden ist, daß die Einnahmen aus dem land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz der Kirche einen starken Rückgang aufweisen und daß die Ressourcen wegfallen sind, die früher vom Staat an die Kirche gewährt wurden, im diesem Jahre auch nicht mehr mit Reichsgutschäften gerechnet werden können. Infolgedessen sind die Kirchengemeinden zur Deckung ihres Bedarfs im wesentlichen auf den Ertrag der Gemeindeskirchensteuer angewiesen. Der weitens größte Teil der Kirchengemeinden ist aber gar nicht im Stande, den eigenen Bedarf in voller Höhe aus dem Ertrag der eigenen Gemeindeskirchensteuer abdecken. Als Bedarf kommen in erster Linie in Frage die Gehälter der Pfarrer und Kirchbeamten; daneben aber auch die Kosten der Instandsetzung der kirchlichen Gebäude. Zwecks ihrer Erhaltung hat seit Beginn der Kriegszeit wenig unternommen werden können, und es sind daher häufig hohe Beträge notwendig, um die Schäden der vergangenen Jahre auszubessern. Zur Deckung von all diesem Bedarf machen sich also Abhilfen aus landeskirchlichen Mitteln notwendig und diese Mittel kann auch die Landeskirche nur im Wege der Steuererhebung beschaffen. Hieraus erklärt sich die Höhe der neben den Ordenskirchensteuern ausgeschriebenen Landeskirchensteuer, deren Ertrag zum weitens größten Teil ausschließlich für Befreiungs- und Bauabteilungen an bedürftige Kirchengemeinden verwendet wird.

Der heutige Sonntag, vom Wetter begünstigt, lockte eine Menge Ausflügler nach und durch unsern Stadt. Vereinswarten zu Fuß und zu Wagen sah man in fast ununterbrochener Folge, Gesang und Musik gab den Ausflüglern einen bewegtes und fröhliches Gepräge. Um Nachmittag sahen unsere Bewohner ein besonderes freudiges Ereignis. Unsere Kleinen nachten einen Fest- und Umzug. Eine große Schau blumengeschmückter Jungen und Mädchen mit allerhand Ausstattungen, Bierat, Wagen usw. zog nach dem Schrebergarten an Schlachthof. Dort feierte der Naturheilverein Freiberg sein Sommerfest, das in allen Städten besser verlief.

Die Einreise ins befreite Gebiet. Die Besatzungsbehörden nehmen fast täglich Reisende, die das befreite Gebiet betreten, in Gewahrsame oder in Untersuchungshaft, weil sie nur einen Paß oder einen Personalausweis, nicht aber die vorgeschriebene Einreiseerlaubnis besitzen. Die Meinung, die Einreiseerlaubnis könne an Ort und Stelle eingeholt werden, ist irrig. Vor der Einreise in das befreite Gebiet mit mangelhaften Ausweispapieren, insbesondere ohne eine ausdrückliche Einreiseerlaubnis muß daher wiederholt dringend gewarnt werden.

Sprechtag des Verfassungsamtes Amtsdienst für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene am Donnerstag, den 17. Juli 1924 in A. u. e. Stadthaus, Brünner Str. 12. Aufkunftsbegehrnde werden erlaubt, dem Verfassungsamt Amtsdienst ihr Erstreben möglichst einige Tage vorher schriftlich mitzuteilen, damit die erforderlichen Unterlagen mitgebracht werden können. Erstellende Fahrtkosten und sonstige Ausgaben werden erachtet, soweit eine Befreiung zur ärztlichen Untersuchung stattfinde.

Der Streit in der Internationalen Arbeiterhilfe. Die „Dresdner Volkszeitung“ erläutert, daß nach dem Aufschluß der Sozialdemokratischen Tempel und Radike aus dem sozialdemokratischen Landesvorstand der Internationalen Arbeiterhilfe bereits schwere Differenzen in der neuen kommunistischen Beitung ausgetragen seien, die dazu geführt hätten, daß die höheren Gremien des Komitees entstanden. Die Abgeordnete Bruno Schulz wurde auch als Kommunistin die Arbeitsschule bei Berliner Zentrale der Internationalen Arbeiterhilfe nicht mehr besuchen.

Schiedspruch für das Märkte Baumwolle. Am Freitag nachmittag fanden im Arbeitsministerium Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Märkischen Baumwolle unter Vorsitz des Landesdirektors statt. Der nachts 1½ Uhr einstimmig gefasste Schiedspruch legt für das Märkische Baumwolle einen Stundenlohn von 75 Pfennig fest mit Zusätzen für Dresden und Leipzig.

Belohnung der monatlichen Gehaltszahlungen an die Reichsbahn. Im Hinblick auf die am 30. Juni abgelaufene Gültigkeit der Verordnung über die monatliche Vorausbildung der Reichs-Baumwolle sind die Beamtenorganisationen im Reichsfinanzministerium zwangsweise Wiederherstellung des früheren Zahlungsmodus in Form der vierjährlichen Vorausbildungen vorstellig geworden. Bei den Verhandlungen, die hierüber am Donnerstag im Reichsfinanzministerium stattgefunden haben, hat sich die Regierung gegenüber den Forderungen der Beamten auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt und mittellen lassen, daß zur Zeit eine neue Verordnung ausgearbeitet wird, die die Wiederherstellung der bisherigen Form der monatlichen Vorausbildung entfällt. Ebenso hat das Reichsfinanzministerium es auch abgelehnt, in die von den Organisationen geforderte Überprüfung der Ortsfördersteuer einzutreten.

Preissabou in Bad Elster. Aus Bad Elster wird geschrieben: Nachdem vor etwa 10 Tagen im ländlichen Staatsbad Elster ein Wettbewerb der Zimmer- und Pensionskreise eingesetzt hat, sind nunmehr auch die dortigen Kaffee- und Cafés dieser Beispiel gefolgt. Es wurden die Preise für verschiedene Speisen und Getränke zum Teil bedeutend herabgesetzt.

Boden. Gemeindeverordnetenversammlung am 8. Juli. Anwesend 15 Gemeinde-Verordnete unter dem Vorsitz des Gemeindebedienten Engelmann, dazu der Bürgermeister und die beiden anderen Gemeindebedienten. Hauptpunkt der Tagessitzung war die Verabschiedung des Haushaltplanes für 1924/25, der unter Buhlschaffung eines außerordentlich hohen Haushaltplanes mit rund 180 000 Goldmark abschließt. Die jahrmäßige Überschreitung des Schulfestenbaushaltplanes 1923/24 führt nachträgliche Genehmigung. Nach Unterrichtung eines Wustersches durch Obermeister Jungerwitz und nach Heranziehung Walter Ungers zur Sorgbereitung findet die vielumstrittene Frage der kommunalen Totenbestattung eine allgemein befriedigende Lösung. Nach lebhafter Aussprache werden die vom Verwaltungsausschuss beschlossenen Stundungssätze und Vergütungszuschläge nach den vorgeflossenen Sätzen genehmigt desgl. die Einhebung des Wassertaxes nach den Sätzen des Nachtrags für 1920 sowie die Erhebung einer Feuerwehrabgabe zur Deckung des Fehlbetrags bei der Feuerwehrfahrt. Unterstützungen wurden bewilligt den durch Hagelschlag Geschädigten in Wilthen, dem Verein für Arbeitskolonien und dem Taubstummenverein in Auerbach. Infolge Geldmangels muß der geplante Körpus der Schule dieses Jahr unterbleiben, es soll dafür die noch nötigere Erneuerung des Daches geschehen. Errichtung wird gefestigt in Sachen der Arbeitserledigung für den Auer Weg und in Feuerwehranlagen.

Seiffenheuersdorf i. Sa. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich am Freitag in der kleinen Schuhfabrik Wehlich. Der 80-jährige Arbeiter Gustav Deutrich geriet in die Transmition und wurde entsetzlich verstümmelt. Ihm wurden beide Füße bei den Endhüften abgeschlagen. Gleichzeitig wurde der rechte Arm bis über den Ellbogen zerammt. Splitternacht stürzte der Vermiste von der Transmission auf den Boden. Dabei erlitt er auch noch Rippenbrüche und offenbar innere Verletzungen. Es besteht keine Hoffnung, daß der Unfallkrüppel überlebt.

Leipzig. Eine verhängnisvolle Fahrt. Den noch nicht 21 Jahre alten LKW-Fahrer Erich Schlosser fuhr am 18. Mai d. J. mit mindestens 40 Kilometer Schnellfahrt auf der abschüssigen, von Halenstein nach Delitzsch führenden Straße. In Tiefersdorf prallte der LKW an einen Straßenbaum, wurde zurückgeschleudert und bei neben Schlosser sitzende Beifahrer Bernhard Raab wurde durch die Schuhspitze getötet, die ihn die Halbschlappader durchschlitt und seinen Tod durch Verbluten herbeiführte. Wegen fahrlässiger Tötung und Aufrachtlauff der nötigen Vorschrift wurde Schlosser nunmehr zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Plauen. Theater oder Schule? Für den Bau eines Requisitengebäudes nebst Zwischenhaus und Seitenbühne für das Stadthaus wurden 350 000 Mark als erste Rente gesorbert. Der Antrag wurde abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß der Bau eines Volksschulgebäudes dringender sei.

Grimma. Bürgerlicher Sieg bei den Wahlen zur Bezirkssversammlung. Nach dem vorläufigen Ergebnis liegt sich die Bezirkssversammlung zusammen aus 22 Bürgerlichen, 10 Sozialdemokraten und 2 Kommunisten. Bei der Wahl vor vier Jahren waren 21 bürgerliche und 19 Sozialdemokraten gewählt worden.

Freiberg. Misstrauen trotzdem gegen den Leiter der Amtsbaudirektion. Der Bezirksleiter der Amtshauptmannschaft Freiberg sprach im Anschluß an einen Bericht des Bürgermeisters Werner-Schad den derzeitigen Leiter der Amtshauptmannschaft Freiberg, Schirmer, das Misstrauen aus und erfuhr um seine Verleihung. Die Linke, der der Amtshauptmann angehört, hatte vorher den Sitzungssaal verlassen.

Die Untersuchung gegen den Massenmörder Haarmann.

Wurf Beratung höherer Dienststellen ist wegen der Verdachts Haarmann durch die Weißerstrom-Baubevollmacht jetzt die Reine abgelassen worden. Heute morgen ist der Stadtmajor von der Wasserfunk in Herrenhausen mit einer größeren Anzahl von Arbeitern erschienen, um das Flusbett nach menschlichen Knochen und sonstigen verbrühten Sachen abzusuchen. Bis jetzt hat man mehrere Knochen mit Knochen und anderen verbrühten Sachen gefunden. Inzwischen es sich um Knochen von Menschen handelt, wird erst die Untersuchung erfolgen.

Das Vorleben des Wallenbergs.

Die Conférence des Engels hilft zu Kenntnis, dass nach die Mörderaten des Hänselchen Haarmann, jenseits haben nun neue Verbrechen folgenfrei werden. Es sollen, wie wir ihm wünschen, um zweite 15 Blöcke

taten nachzuweisen sein. Weiter hat Beratung bei Haarmann wird von beständiger Sicht in Kenntnis befindliches Bekanntgegeben: Haarmann ist der Sohn eines kinderlosen Eltern. Seine Tochter ist die Kindergartenlehrerin in Neu-Greifswald, wurde jedoch bald wegen Körperlicher Unzulänglichkeit entlassen. Sie wurde mehrfach in die Sicht gegeben, seit es jedoch ständig lange war. Seiner Dienstpflicht genügte es bei einem Jägerbataillon und wurde dort wegen eines Herzschlags als Invalide entlassen. Sina Weisheit der Kindergarten, Haarmann auf eine entzündliche Seide zu bringen, können sehr. Er beschreibt viel im Berichtsbericht und wurde eine sogenannte banale Sicht. Er handelte mit allen möglichen Sachen, alten Kleidungsstücken usw. und kam sehr häufig mit dem Strafgericht in Konflikt. Er ist wegen Widerstandsbefreiung wiederholt bestraft u. a. mehrfach mit Zuchthaus.

Vereits als Kindheitsträger verging er nie unmittelbar an körperlichen Schaden und Witzen, doch wurde das Verfahren gegen ihn eingestellt, da er nach längerer Beobachtung in der Internatshilfe in Hildesheim für ungerechtfertigt erklärt wurde. Sein homosozialer Trieb entwickelte sich mit den Jahren immer mehr und führte auch wiederholt zu Straftaten gegen § 175 des Strafgesetzbuches gegen ihn. Die meisten Verfahren mußten aber eingestellt werden, da die Beteiligten mit ihren Aussagen zurückhielten. 1918 im Jahre 1918 begt. 1919 in Hannover zwei junge Männer, die außer mit Haarmann noch mit anderen Homosozialen verbreitet hatten, verschwanden, lenkte sie sofort der Verdacht, diese bestmöglich zu haben, gegen Haarmann. Die eingeleiteten Untersuchungen blieben jedoch ohne Erfolg, weshalb das Strafverfahren seinerseits eingestellt werden mußte. — Der Täter macht einen verhältnismäßig gefahrvollen Eindruck, und vermag sich auf die ihm vorgelegten einzelnen Ereignisse nur langsam zu befreien. Die Vernehmung gestaltete sich dadurch äußerst schwierig.

40 kommunistische „Führer“ als Hochverräte enttarvt.

Über das Ergebnis der Volksaktion im Reichstag und im preußischen Landtag hat am Freitag abend der in Berlin eingetroffene Reichskanzler den Reichsjustizminister informiert. Wie verlautet, schreien zur Zeit beim Reichsgericht über 40 Hochverratserfahren gegen kommunistische Parteiführer, die bereits sowohl vorbereitet sind, daß gegen eine Anzahl Reichstagsabgeordnete das Auslieferungsbegehren des Reichsgerichts beim Plenum des Reichstages behandelt. In Verbindung mit dem Vorbringen gegen die kommunistische Reichstags- und Landtagsfraktion ist seit Freitag eine strenge Kontrolle der nach Osten fahrenden Flüge ebenso der Flugverbindungen nach den östlichen Staaten eingeführt worden. Auf dem Berliner Flughafen erschien Freitag nachmittag Beamte der polnischen Polizei, um die nach dem Osten fahrenden Flugzeuge vor ihrem Aufstieg auf die Unwesenheit von kommunistischen Flüchtlingen zu kontrollieren. Nach den vorliegenden Befehlsmeldungen handelt es sich in allen den Fällen, die zu der Durchsuchung im Reichstag und im Landtag geführt haben, nicht um einen verhältnismäßig hochverrat, sondern um vollendeten Hochverrat.

Letzte Drahtnachrichten.

Ein republikanischer Tag.

Wiesenburg. 7. Juli. Hier ist der erste Republikanische Tag in der Ostmark veranstaltet worden. Zu dem Laufende aus Ost- und Westpreußen erschienen waren. Nach einer Vorlesung am Sonnabend begann das Fest am Sonntag mit einem Morgenkonzert und einem Feldgottesdienst. Es folgte ein Umzug der Festteilnehmer durch die Stadt zum Heldenmal. Nachmittags traten 3000 bis 4000 Republikaner zur Sabotage an. Einige der Flugplätze erzielten Freitag nachmittag Beamte der polnischen Polizei, um die nach dem Osten fahrenden Flugzeuge vor ihrem Aufstieg auf die Unwesenheit von kommunistischen Flüchtlingen zu kontrollieren. Nach den vorliegenden Befehlsmeldungen handelt es sich in allen den Fällen, die zu der Durchsuchung im Reichstag und im Landtag geführt haben, nicht um einen verhältnismäßig hochverrat, sondern um vollendeten Hochverrat.

Kommunistischer Überfall auf Stahlheimleute.

Cotta. 7. Juli. Hier sind Teilnehmer an einer Fahnenweihe der Rotfrontgruppe des Stahlhelm-Bundes von Kommunisten überfallen und trotz des Drogiviertelents der Landespolizei mit Eisenstangen und Messern misshandelt worden, sodass viele ins Krankenhaus gebracht

herrlich soll gefügt werden.

Baris. 8. Juli. Der „Untersager“ teilt mit, in den Wandelgängen der Kammern räume man von einem halbtoten Sturm des Kabinetts Herricot. Einzelner werde er im Senat, der diese Woche über die Rücktritt von Chequers verhandeln, oder, was noch wahrscheinlicher ist, in der Kammert gestürzt werden. Das Blatt selbst weißt, daß sich diese Vorwürfe nicht erfüllen mögen, da Herricot bis jetzt noch keine Gelegenheit gehabt habe, sich zu erkennen.

Wie Völker denkt.

Baris. 8. Juli. Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ glaubt in der Lage zu sein, den Standpunkt der belgischen Regierungskreise in den durch das englische Memorandum aufgeworfenen Fragen beurteilen zu können. Er schreibt, man sei in Brüssel keinem geringen Interesse an der englischen These angenommen und ein Wettstreit zu unterzeichnen, das eine Änderung des Versailler Vertrages von Versailles darstelle, durch daß man alle die Einrichtungen des Versailler Vertrages gegen überstehen würde. Man will ein Brüssel annehmen, das unter Alliierten besprochen werde, und das kann die Möglichkeit haben, die Möglichkeit des Wiederaufbaus auszunutzen. Das Brüsseler

